

Armin Bammer

Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im Fokus der Grundrechte

Krems, 13. März 2026

I. Rückblick auf den Arbeitskreis 2024

„25 Jahre Metall auf Metall – eine Zwischenbilanz“

„Straßburg nicht vergessen“:

- Beschwerde an EGMR nur nach Erschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzugs zulässig (Art 35 Abs 1). StRSpr des EGMR:
In Deutschland ist auch die Verfassungsbeschwerde ein Rechtsbehelf, der erschöpft sein muss (EGMR 4. 12. 2008, Adam/Deutschland). Beschwerde beim BVerfG noch immer anhängig (1 BvR 948/23).
- Der beim EGMR gerügte Konventionsverstoß muss zumindest der Sache nach geltend gemacht worden sein; die im Verfahren vorgebrachten Argumente müssen das zuständige Gericht in die Lage versetzt haben, den Konventionsverstoß zu prüfen (EGMR 21. 4. 2020, S. R./Norwegen; Subsidiarität der Konventionsbeschwerde).

I. Rückblick auf den Arbeitskreis 2024

„25 Jahre Metall auf Metall – eine Zwischenbilanz“

- Begriff des Eigentums (Art 1 1. ZP) umfasst auch das geistige Eigentum, wie zB Urheberrecht (EGMR 29. 1. 2008, Balan/MDA).
- Kunstfreiheit wird zT von der Meinungsfreiheit mitumfasst (EGMR 20. 5. 1988, Müller/SUI).
- Privatrecht muss sich am Maßstab der EMRK messen lassen (zuletzt EGMR 13. 2. 2024, Jann-Zwicker und Jann/SUI):
Konstitutionalisierung des Privatrechts.
- (Über)lange Gerichtsverfahren (angemessene Frist nach Art 6 EMRK)? Bis 2009 40 EGMR-Urteile gegen Deutschland:
Konventionsverletzungen durch überlange zivilgerichtliche Verfahren.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

- Der Gerichtshof
 - Ernennung der Richter:innen
 - Beruflicher Hintergrund der Richter:innen
 - Keine Fachsenate
 - Pendenzen
 - Unzulässigkeitsentscheidungen durch Einzelrichter
- Der Entscheidungsstil des EGMR
 - Vergleich mit englischem, französischem, deutschem Entscheidungsstil
 - Eigener Entscheidungsstil des EGMR

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

- Ernennung der Richter:innen

Richter müssen hohes sittliches Ansehen genießen und entweder die für die Ausübung hoher richterlicher Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Rechtsgelehrte von anerkanntem Ruf sein

- Beruflicher Hintergrund der Richter:innen

Bei weitem überwiegend Universitätsprofessor:innen für öffentliches Recht und/oder für Menschenrechte, einige Staatsbeamte, kaum Zivilrichter:innen oder Rechtsanwälte:innen

- Keine Fachsenate

Zuweisung einer Beschwerde durch den/die Präsident:in an eine Sektion.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

- Pendenzen

2011: mehr als 150.000 anhängige Beschwerden

2025: 53.450 anhängige Beschwerden

(Zum Vergleich: EuGH 1.322 anhängige Rechtssachen)

- Neuanfall

2025: 31.800 neue Beschwerden

(Zum Vergleich: EuGH 889 neue, 774 erledigte Rechtssachen)

- Unzulässigkeitsentscheidungen durch Einzelrichter

Über 80% der Beschwerden unzulässig

Ca 90% der Unzulässigkeitsentscheidungen durch Einzelrichter

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Englischer Entscheidungsstil

Ableitung der Lösung nicht aus definierten Begriffen, sondern Überprüfung auf ihre Sachgerechtigkeit und Vernünftigkeit vor dem Hintergrund ähnlich liegender Fälle; zentraler Bestandteil des Urteils ist die Frage nach der Tragweite der einschlägigen Präjudizien.

Begründungen sind oft anschaulicher und lebensnäher als bei kontinentaleuropäischen Richtern, persönlichen Empfindungen wird durchaus Raum gegeben, Sondervoten seit jeher üblich.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Französischer Entscheidungsstil

In der deutschen und anglo-amerikanischen Tradition verfasste Urteile beinhalten Abwägung der im Rechtsstreit erörterten Argumente (Parteien sollen überzeugt werden).

Romanischer Rechtskreis: eher Streben nach Klarheit und Präzision des Urteils. Andeutung von Zweifeln in französischer Rechtsprechung verpönt, obiter dicta unvorstellbar; daher meist kurze Urteile. Die traditionell vor allem im Attendu-Stil verfassten considérants der Urteile des Conseil d'État enthalten kaum Begründungen, bis hin zum vollständigen Begründungsverzicht. Auseinandersetzung mit Präjudizien und Schrifttum werden nicht offengelegt; einzig und allein aus dem Gesetz selbst wird Entscheidung abgeleitet.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Deutscher Entscheidungsstil

Im Gegensatz zum oft persönlichen englischen Stil Neigung zu einer eher unpersönlichen, apodiktischen und objektiven Sprache. Urteile oft sehr lang, wie in einer wissenschaftlichen Abhandlung („Quasi-Monographien“; deutsche Gerichte international führend bei der statistischen Häufigkeit von Schrifttumsnachweisen). Urteile des BVerfG eher deduktiv, Neigung zur Generalisierung.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Entscheidungsstil des EGMR

Erste Urteile orientierten sich stilistisch an frz. Entscheidungsstil: im Teil „En droit“/„The law“ ein einziger langer apodiktischer Satz, unterbrochen von „considérant que“/„whereas“; maßgeblicher Einfluss des ersten Präsidenten René Cassin.

Baldige Ersetzung dieses Stils durch ausführliche detaillierte Urteilsbegründung und Verweis auf Präjudizien, wie es sich vor allem im common law, aber auch in Deutschland und Spanien entwickelt hat.

Im Vergleich zum EuGH steht EGMR deutlich weniger in der französischen Rechtstradition. Urteile des EuGH sind daher „weit entfernt von den transparenten, leicht verständlichen Urteilen des EGMR“.

Bei EGMR keine Übersetzung in zahlreiche andere Sprachen, viele Urteile auch nur auf Französisch.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Entscheidungsstil des EGMR

Fast alle Richter am EGMR sind rechtlich kontinental-europäisch geprägt, EMRK stellt eine Kodifikation des Rechts dar: daher auch keine Präjudizienauslegung wie im anglo-amerikanischen Raum.

EGMR geht eher induktiv, aber zurückhaltend vor. EGMR widmet sich oft mit einer erstaunlichen Detailgenauigkeit den Besonderheiten des Einzelfalls, meist ohne aufzuzeigen, welche fallübergreifenden Erwägungen hieraus abzuleiten wären (kaum Deduktion).

EGMR vermeidet es grundsätzlich, den Vertragsstaaten konkrete Vorgaben zum Umgang mit Konventionsverletzung zu machen; völkerrechtliche, nicht verfassungsrechtliche Einrichtung des Gerichtshofs spürbar.

II. Der EGMR und seine Rechtsprechung

Entscheidungsstil des EGMR

Immer wieder bedient sich der EGMR Formulierungen, um seine Kompetenz negativ zu umschreiben und seine Zurückhaltung zum Ausdruck zu bringen. Die grundsätzliche Einzelfallbezogenheit der Urteile hängt mit dem Selbstverständnis des EGMR zusammen.

Selten, vor allem bei Fällen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen mit umstrittenen Sachverhalten finden sich auch detaillierte Einlassungen, in denen der EGMR der Sache nach selbst eine Beweiswürdigung vornimmt.

Bei der Behandlung einer Individualbeschwerde vor EGMR geht es um Betrachtung einer möglichen konkreten subjektiven Rechtsverletzung. Es ist dabei nicht primäre Aufgabe des Gerichts, die objektive Überprüfung der Rechtslage in Hinblick auf eine mögliche Unvereinbarkeit mit der Konvention festzustellen.

III. Für das Urheberrecht relevante Kernfrage aus menschenrechtlicher Sicht

Welche Eingriffe in das Eigentumsrecht sind zulässig?

Präziser: Unter welchen Voraussetzungen ist ein Eingriff in ein vermögenswertes Privatrecht an geistigem Eigentum nach Art 1 1. ZP EMRK – wie insb. in Rechte aus dem UrhG – zulässig und wann liegt hingegen eine Verletzung dieses Grundrechts vor?

Besonders konfliktträchtig ist die Grundrechtskollision Urheberrecht (als Eigentumsrecht) mit Meinungsäußerungsfreiheit:

- Urheberrecht ist durch Kommunikationsfreiheit eingeschränkt.
- Urheberrecht kann Kommunikationsfreiheit aber auch begrenzen.

III. Für das Urheberrecht relevante Kernfrage aus menschenrechtlicher Sicht

Eingriffe in das Eigentumsrecht sind im System der EMRK zulässig, egal ob gänzlicher Entzug oder bloße Beschränkung; ein solcher Eingriff muss aber kumulativ folgenden drei Voraussetzungen genügen:

- Eingriff muss auf einer gesetzlichen Ermächtigung beruhen,
- Eingriff muss ein öffentliches Interesse verfolgen, und
- Eingriff darf nicht unverhältnismäßig zur Zielerreichung sein.

(Erhebliches) öffentliches Interesse kann in der Ausübung anderer Menschenrechte, insb. der Kommunikationsfreiheit liegen; diese gilt aber auch nicht absolut und steht unter Vorbehalt gesetzlicher Einschränkungen, insb. auch zum „Schutz der Rechte anderer“, also auch der Rechte der Inhaber von Urheberrechten.

III. Für das Urheberrecht relevante Kernfrage aus menschenrechtlicher Sicht

Bezüglich des Schutzes der Autorenrechte anderer (Art 10 Abs 2) wird dem Staat ein besonders weiter Beurteilungsspielraum („wide margin of appreciation“) bei der Einschränkung des Rechts auf Informationsfreiheit zugestanden.

Umgekehrt könnte das Fehlen jeglichen Urheberrechtsschutzes auch ein Problem unter dem Gesichtspunkt von Art 10 bilden: Mangelnder Schutz schöpferischen Wirkens könnte in Widerspruch zu Art 10 stehen (offen).

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

- Begriff des Eigentums (Art 1 1. ZP) umfasst auch das geistige Eigentum, wie zB Urheberrecht
(EGMR 5.7.2005, Melnychuk/UKR; 29. 1. 2008, Balan/MDA;)
- Eingriffscharakter des UrhR im Verhältnis zur Meinungsäußerungsfreiheit **(EGMR 10.1.2013, Ashby Donald ua./FRA; 19.2.2013, Neij und Sunde Kolmisoppi/SWE)**
- Gerichtliche Festlegung von Sendetarifen
(EGMR 12.7.2016, AKKA/LVA)
- Urheberrechtsschutz des Designs staatlicher Münzen
(EGMR 8.12.2020, AsDAC/MDA)
- Anwendung von Ausnahmeregelungen bedürfen zureichender Gerichtsbegründung **(EGMR 1.9.2022, Safarov/AZE)**

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 5.7.2005, Melnychuk/UKR (Beschluss, Zweite Sektion)

Bf. beanstandet u.a. auch, dass sein Urheberrecht durch Zeitungsartikel über seine Bücher verletzt wurde (Literaturkritik: zweifelhafte literarische und sprachliche Qualität seiner Bücher; Veröffentlichung einer Replik wurde durch Zeitung abgelehnt).

EGMR bekräftigt („rappelle“), dass geistiges Eigentum durch Art 1 1. ZP geschützt ist (s zB A.D. gg NLD, Nr. 21962/93, E der KOM 11. 1. 1994, DR 76-A, S. 157): uU kann Staat für Verluste durch willkürliche Entscheidungen haftbar gemacht werden. Hier sind die nationalen Gerichte in Übereinstimmung mit innerstaatlichem Recht vorgegangen und haben ihre Entscheidungen umfassend begründet.

- Keine Willkür, keine offensichtliche Unangemessenheit
- Kein Widerspruch zu Art 1 1. ZP.
- Beschwerde unzulässig (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

29. 1. 2008, Balan/MDA (Urteil, Vierte Sektion)

Ein vom Bf. veröffentlichtes Foto der Burg Soroka wurde von 1996 – 2000 als Hintergrund neuer Personalausweise verwendet; keine Anfrage, keine Zustimmung, keine Abgeltung.

Oberstes Gericht bestätigt 2002 die geistigen Eigentumsrechte des Bf.; Personalausweis sei aber ein amtliches Dokument, das nicht dem Urheberrecht unterliege.

Geistiges Eigentum fällt unter Art 1. 1. ZP; Eingriff bejaht; öffentliches Interesse hätte gewahrt werden können, ohne die Rechte des Bf. zu verletzen. Innerstaatliche Gerichte haben es daher versäumt, angemessenen Ausgleich zwischen Gemeinschaftsinteressen und denen des Bf. zu schaffen, und haben ihm eine individuelle und übermäßige Belastung auferlegt.

➤ Verletzung von Art 1 1. ZP (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 10.1.2013, Ashby Donald ua./FRA (Urteil [frz], Fünfte Sektion)

Ohne Zustimmung der Modeschöpfer erfolgte Onlinestellen von Fotos von Modeschauen zum kostenlosen oder kostenpflichtigen Abruf oder zum Kauf stellt Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung dar.

Urheberstrafrechtliche Verurteilung wegen dieser Veröffentlichung ist Eingriff in dieses Recht.

Art 1 1. ZP gewährleistet Schutz des geistigen Eigentums, wovon Schutz der Urheberrechte der Modedesigner mitumfasst ist.

Dient Eingriff in Meinungsäußerungsfreiheit dem Schutz der Rechte anderer (Art 10 Abs 2) und zielt dieser Eingriff dabei auf den Schutz eines der durch EMRK gewährleisteten Rechts (hier: Schutz des geistigen Eigentums), verfügen die nationalen Instanzen in der Abwägung der konfligierenden Menschenrechte über besonders großen Beurteilungsspielraum.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 10.1.2013, Ashby Donald ua./FRA (Urteil [frz], Fünfte Sektion)

Art 10 Abs 2 lässt zwar wenig Raum für Einschränkungen zB der politischen Rede, doch im kommerziellen Bereich haben Vertragsstaaten bei Regelung der Kommunikationsfreiheit weiten Spielraum. Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit eines Eingriffs in Kommunikationsfreiheit sind u.a. die Art und Schwere der Sanktionen zu berücksichtigen.

Drei Bf., fünf betroffene Modehäuser: Strafrechtl. Geldstrafen (€ 8.000/3.000) und Schadenersatz (insgesamt rd. € 250.000)

Unter diesen Umständen und angesichts des den nationalen Instanzen gewährten, besonders weiten Beurteilungsspielraums stellen sich Art und Schwere der gegen die Bf. verhängten Sanktionen nicht als unverhältnismäßig zu dem damit verfolgten Ziel dar.

➤ keine Verletzung von Art 10 (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 19.2.2013, Neij und Sunde Kolmisoppi/SWE ("Pirate Bay-Fall"; Beschluss, Zweite Sektion)

Bf. waren 2005 und 2006 auf verschiedene Weise an einer der weltweit größten File-Sharing-Dienste im Internet beteiligt, an der Website „The Pirate Bay“. Verurteilung wegen Beitragstäterschaft zur Begehung von Urheberrechtsverletzungen zu zehn bzw acht Monaten FS und zu Schadenersatzleistung von rd € 5 Mio.

Auch Betrieb einer Internet-Tauschbörse, über die Nutzer Informationen (hier: digitales Material wie zB Musik, Filme, Computerspiele) austauschen, fällt in Schutzbereich des Art 10.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 19.2.2013, Neij und Sunde Kolmisoppi/SWE

(“Pirate Bay-Fall” Beschluss, Zweite Sektion)

Echte, effektive Ausübung der durch Art 1 1. ZP geschützten Rechte des geistigen Eigentums verpflichtet Staat nicht nur, sich Eingriffen in diese Rechte zu enthalten, sondern kann dies auch positive Schutzmaßnahmen des Staates erfordern.

Hat Staat zwei widerstreitende, durch die EMRK geschützte Interessen gegeneinander abzuwägen (hier: Meinungsäußerungsfreiheit gem Art 10 vs. Schutz des geistigen Eigentums gem Art 1 1. ZP), genießt Staat weiten Ermessensspielraum.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 19.2.2013, Neij und Sunde Kolmisoppi/SWE

(„Pirate Bay-Fall“; Beschluss, Zweite Sektion)

Auch wenn gegenständlicher Austausch von Musik, Videos etc über Tauschbörsen in den Schutzbereich von Art 10 fällt, kann der dafür zu gewährende Schutz nicht das gleiche Niveau erreichen wie in Fällen der politischen Meinungsäußerung.

➤ Beschwerde unzulässig (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 12.7.2016, AKKA/LVA (Urteil, Fünfte Sektion)

SIA AKKA / LAA ist eine Verwertungsgesellschaft, eine gemeinnützige Organisation, die von der Vereinigung lettischer Autoren (LAA) gegründet wurde. Können sich zuständige Verwertungsgesellschaften mit Rundfunkunternehmen nicht auf Lizenzgebühr für die Erteilung der Sendegenehmigung einigen, werden diese nach lettischem Recht von den Gerichten bestimmt.

Die Rechte des geistigen Eigentums einschl. Urheberrechte fallen in Anwendungsbereich des Art 1 1. ZP. Dies gilt insbes. für die Rechte an Musikwerken und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Interessen (*compatibility* *ratione materiae*)

Auch Organisationen zur kollektiven Rechtewahrnehmung (Verwertungsgesellschaften), denen Autoren Wahrnehmungsrechte eingeräumt haben, können Opfer („victim of a violation“) iSd Konvention sein (*compatibility* *ratione personae*)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 12.7.2016, AKKA/LVA (Urteil, Fünfte Sektion)

Eigentumsbegriff der EMRK ist autonom auszulegen. Bei immateriellen Vermögenswerten kommt es darauf an, ob die gewährte Rechtsposition finanzielle Rechte und Interessen einschließt, und diese deshalb einen wirtschaftlichen Wert besitzt. Dies trifft für Urheberrechte an Musikwerken und die damit verbundenen finanziellen Interessen zu.

Festsetzung der Lizenzgebühr durch Gerichte greift grundsätzlich in Vertragsfreiheit ein und ist nur dann zulässig, wenn Eingriff gesetzmäßig erfolgt („prescribed by law“), mit dem öffentlichen Interesse in Einklang steht und verhältnismäßig ist („fair balance between the demands of the general interest and the rights of the applicant organization“).

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 12.7.2016, AKKA/LVA (Urteil, Fünfte Sektion)

Voraussetzung der Gesetzmäßigkeit schließt richterliche Auslegung nicht aus (bei unbestimmten Gesetzesbegriffen erforderlich).

Herstellung eines Interessenausgleichs zwischen Rechteinhabern und Rundfunkunternehmen stellt auch legitimes Ziel dar, das im öffentlichen Interesse liegt; im Rahmen des anzustrebenden Interessenausgleichs besteht auch gewisser Spielraum.

Eigentumsrecht wird nicht verletzt, wenn gerichtliche Tariffestsetzung in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht unter Berücksichtigung des Verhandlungsergebnisses in einem Verfahren erfolgt, das Parteien ausreichend Gelegenheit zu einvernehmlicher Regelung geboten hat.

➤ keine Verletzung von Art 1 1. ZP (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 8.12.2020, AsDAC/MDA (Urteil [frz], Zweite Sektion)

Fall betrifft die nicht genehmigte Nutzung von urheberrechtlich geschützten grafischen Werken durch eine staatliche Währungsbehörde für die Ausgabe von nationalen Gedenkmünzen. Die Urheber der grafischen Vorlagen für die Gedenkmünzen nahmen an Wettbewerb teil und waren Mitglieder der bf. Vereinigung zur Wahrnehmung von Urheberrechten und Leistungsschutzrechten ihrer Mitglieder (AsDAC).

Nach moldauischem Recht genießt künstlerische Gestaltung staatlicher Münzen keinen Urheberrechtsschutz. Die Urheber von Entwürfen (Designs) hierfür sind mit der Schaffung der Werke als Inhaber eines Vermögenswerts iSd EMRK anzusehen. Denn nach dem moldauischen UrhG entsteht das Urheberrecht automatisch allein durch den Schöpfungsakt.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 8.12.2020, AsDAC/MDA (Urteil [frz], Zweite Sektion)

2007 wies Oberster Gerichtshof Klage der Bf. mit Ausnahme des Teils, in dem Rückgabe der Werke angeordnet wurde, als unbegründet zurück.

Jede Einschränkung des Eigentumsrechts muss durch Allgemeininteresse gedeckt und an bestimmte Bedingungen geknüpft sein. Auch ohne formelle Enteignung kann faktischer Vermögensentzug vorliegen.

Ausschluss der strittigen Werke vom Urheberrechtsschutz hat so schwerwiegende Folgen, dass dies mit Eigentumsentzug gleichzusetzen ist.

Annahme des moldauischen Höchstgerichts, die Entwerfer des Designs der streitgegenständlichen Gedächtnismünzen hätten durch ihre Teilnahme an einem Wettbewerb der Verwendung für die Herstellung der Münzen und damit dem Verlust des Urheberrechtsschutzes zugestimmt, stellt ungerechtfertigten Eigentumsentzug im Sinn der Konvention dar.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 8.12.2020, AsDAC/MDA (Urteil [frz], Zweite Sektion)

Auch wenn Ausgabe von Münzen Teil der staatlichen Geldpolitik ist, wurden Bedingungen der gegenständlichen Eigentumseinschränkung nicht festgelegt, und sind die Einschränkungen jedenfalls unverhältnismäßig, zumal weder (schriftliche) Vereinbarung vorlag noch angemessenes Entgelt sichergestellt wurde. Auch hätte das verfolgte Ziel des Allgemeininteresses auf eine die Rechte der klagenden Verwertungsgesellschaft wahrende Weise erreicht werden können.

➤ Verletzung von Art 1 1. ZP (einstimmig)

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 1.9.2022, Safarov/AZE (Urteil, Zweite Sektion)

2009 verfasst der bf. Autor Safarov ein Buch. Eine Jugend-NGO stellt dieses Werk auf ihrer Website zum Download bereit. Bf. klagt unter Berufung auf aserbaidsschanisches UrhG auf Schadenersatz (insg. rd. € 75.000), Klage wird in allen Instanzen abgewiesen.

Vertragsstaaten müssen einen hinreichenden rechtlichen Schutz auch des geistigen Eigentums gewährleisten, einschließlich angemessener Rechtsdurchsetzung und auch für Ansprüche zwischen Privatpersonen.

Rechtsschutz kann vorbeugend oder abhelfend sein, umfasst auch Schadenersatzansprüche und erforderliche Verfahrensgarantien für ein effizientes und faires Verfahren; Vertragsstaaten haben weiten Spielraum.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 1.9.2022, Safarov/AZE (Urteil, Zweite Sektion)

Auslegung des nationalen Rechts gehört nicht zu den Aufgaben des EGMR. EGMR hat dafür zu sorgen, dass Entscheidungen nationaler Gerichte nicht willkürlich oder sonst offenkundig unangemessen sind („not arbitrary or otherwise manifestly unreasonable“).

Div. freie Werknutzungen decken ohne nähere Begründung nicht Annahme der nationalen Gerichte, dass das Zurverfügungstellen eines ganzen Buchs ohne Zustimmung des Urhebers zulässig ist, auch wenn keine kommerziellen Zwecke verfolgt werden.

Erschöpfungsgrundsatz deckt nicht das öffentliche Zurverfügungstellen eines auf dem Buchmarkt erschienenen Buchs im Internet, da dieser auf Verbreitung körperlicher Werkexemplare beschränkt ist und hier nichts auf Zustimmung des Bf. zu digitaler Veröffentlichung hindeutet.

IV. Die urheberrechtliche Judikatur des EGMR im einzelnen

EGMR 1.9.2022, Safarov/AZE (Urteil, Zweite Sektion)

Nationale Gerichte haben daher ihre Verpflichtung verletzt, bei Abweisung von Ansprüchen aus einer Urheberrechtsverletzung für eine ausreichende rechtliche Begründung zu sorgen. AZE hat daher positive Verpflichtung aus Art 1 1 ZP, insb. durch wirksame Abhilfemaßnahmen, nicht erfüllt.

Mangels einer nachvollziehbaren Berechnung des begehrten Schadens (inkl. Gewinnentgangs und immateriellen Schadens sowie nunmehr Inflationsabgeltung) durch den Kläger erfolgt der Zuspruch eines Pauschalbetrags von € 5.000.

➤ Verletzung von Art 1 1. ZP (einstimmig)

V. Fazit und Ausblick

- Geistiges Eigentum und Urheberrecht genießen in der Rechtsprechung des EGMR hohes Schutzniveau
- Rechtsprechung konsistent
- Einstimmige Entscheidungen, keine Sondervoten
- „Hard cases make bad law“?
25 Jahre Metall auf Metall: „Straßburg nicht vergessen“
- Bei der Abwägung konfligierender Menschenrechte (Geistiges Eigentum vs. Kommunikationsfreiheit) genießen die Vertragsstaaten besonders weiten Ermessensspielraum.
- Seit 2021 durch Ergänzung der EMRK-Präambel (15. ZP): Bekräftigung des Prinzips der Subsidiarität; primär Vertragsstaaten für Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte verantwortlich; Anerkennung der Lehre vom Beurteilungsspielraum („margin of appreciation“) der Vertragsstaaten.

V. Fazit und Ausblick

- Tw. weiterhin grundsätzliche Kritik, dass div. Fragen eines guten Lebens nicht demokratisch, sondern richterlich verhandelt werden: betrifft Schutz des geistigen Eigentums und des Urheberrechts nicht oder nur am Rande
- Judicial Activism v Judicial Restraint: Wieviel Zurückhaltung und Selbstbeschränkung wird von Richtern eines internationalen Menschenrechtsgerichts verlangt?
- Spürbare Rücknahme der Kontrolldichte in der Rechtsprechung des EGMR, zB im Bereich von Art 10.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Armin Bammer

Rechtsanwalt

Lehrbeauftragter

Universität Wien – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien –

Hochschule Zittau/Görlitz

Esteplatz 4, 1030 Wien

www.betm.at